

Medienspiegel Woche 15 / 2016



Luzern / Reformen / ICT / Fremdsprachen / Grundkenntnisse
Leserbriefe aus Luzern

1

EU / Selbstgesteuertes Lernen / OECD / Zbinden Hans / Aebersold Peter
Zürcher Bote, 8.4.16

Lehrplan 21 legt die Axt an unser erfolgreiches Schulsystem

2

Österreich / Lernerfolg

QUINtessenzen, 9. April 2016

Späte Einsicht

3

Thurgau / Loyalität / Maulkorb / Einführung / Abstimmungen

Tagblatt, 9. April 2016

Wenn Lehrkräfte in eigener Sache politisieren

5

Tagblatt, 14. April 2016

Unfreundlichkeiten zum Lehrplan

6

Religion / Schulstreit / Bundesgericht

Schweiz am Sonntag, 10. April 2016

Das gottlose Klassenzimmer

7

Thurgau / Fremdsprachen / Bildungshoheit / Föderalismus / Eymann Christoph / EDK

Tagblatt, 10. April 2016

EDK-Präsident setzt Thurgau unter Druck

10

Frühfranzösisch entzweit Kantone

11

IV / Sozialhilfe / Lernerfolg / Unterhaltspflicht

Tages-Anzeiger, 10.04.2016

Schlechte Bildung: 30'700 Junge hängen am Staatstropf

13

Gemeindeordnung / Gemeinderat / Schulrat / Schulleitung

Tagblatt, 14. April 2016

Zurück bleiben offene Fragen

14

HarmoS / Initiative / St. Gallen

Tagblatt, 15. April 2016

Regierung hält nichts von HarmoS-Austritt

15

Graubünden: Doppelinitiative gegen den Lehrplan 21

Südostschweiz, 11.04.2016

Komitee geht politisch gegen Lehrplan 21 vor

16



Das Komitee Gute Schule Graubünden lanciert eine Doppelinitiative gegen den von der Regierung beschlossenen Lehrplan 21.

[Website](#)

Veranstaltungshinweis: «Der Lehrplan 21 und seine Folgen»

Alain Pichard, Sekundar- und Realschullehrer, Biel

Beat Kissling, Erziehungswissenschaftler, Zürich

20. April um 19.30 Uhr / Calvensaal in Chur

EINLADUNG

Neue Luzerner Zeitung, 2.4.2015

Die Gefahren und Nachteile von Tablets

«Tablets bald für alle Schüler?»,
Ausgabe vom 23. März

Als Vater dreier Kinder im Vorschulalter habe ich mit Sorge gelesen, dass mittelfristig in allen Luzerner Schulen jedes Kind mit einem Tablet ausgerüstet werden soll. Gezielt eingesetzt, sind – so meine Erfahrung als Kantonsschullehrer – Tablets etwas Positives. Gerade bei Primarschülerinnen und -schülern sind aber die Hände ungeheuer wichtig. Gerechnet wird zuerst mit Hilfe der Finger, nicht mit einem Computerprogramm. Beim Üben der Handschrift – nicht beim Tippen auf einer Tastatur – eignet sich das Kind wichtige motorische Fähig-

keiten und eine exakte Arbeitsweise an. Strebt eine Lehrperson Nachhaltigkeit im Lernprozess an, baut sie über den Unterrichtsstoff mit den Schülern eine kontinuierliche Beziehung auf. Der Einsatz von Tablets ist in dieser Hinsicht kontraproduktiv. Zudem zeigt mir meine Erfahrung, dass das Ablenkungspotenzial (surfen, chatten) mit Tablets riesig ist und dass die Lernenden bei schulischen Aufträgen stets im Spannungsfeld dieser Verlockungen agieren müssen.

Ist nicht davon auszugehen, dass das Pilotprojekt ein positives Fazit erzielen wird? Zumal neben den Wirtschaftsinteressen auch das Prestige der Projekt-

leiter, des Bildungskaders und gängige Trends als Triebfedern wirken werden?

Es gibt genügend wissenschaftliche Studien unabhängiger Forscherinnen und Forscher, die auf den Abbau kognitiver Fähigkeiten im Gehirn bei übermässigem Gebrauch digitaler Medien hinweisen. Wider besseres Wissen beabsichtigt eine führende Lobby, die Luzerner Schulen flächendeckend mit digitalen Medien aufzurüsten und die Unterrichtskonzepte darauf abzustimmen. Was mir fehlt, ist eine ehrliche und fundierte Auseinandersetzung darüber, was dem Wohl unserer Kinder wirklich dienlich ist.

PETER PREUSCHOFF, LÜZERN

Neue Luzerner Zeitung, 5. 4. 16

Schädliche Bildungsreformen

«Sprachenstreit: Was macht jetzt der Bund?», «Zentralschweiz am Sonntag» vom 3. April

Eine Studie beweist, dass das Französisch vieler Kinder weit hinter dem Lehrplan herhinkt. Doch wie sieht es mit Deutsch und Mathematik aus? Wenn man Lehrer der Oberstufe, Gymilehrer oder auch Berufsschullehrer fragt, bekommt man immer die gleiche Antwort: Das Wissen der Kinder und Jugendlichen ist sehr bescheiden. Jugendliche, die einen fehlerfreien Satz schreiben oder ein Problem mit mathematischen Gleichungen lösen, gibt es fast nicht. Und woher kommt das Problem?

In den letzten Jahren wurde mit viel Aufwand eine Schulreform nach der anderen durchgeboxt. Auf der Strecke blieben dabei die Kinder, die wichtiges Grundwissen nicht erlernen durften oder konnten, weil es nicht vermittelt wurde.

Doch Grundwissen ist die Grundlage unseres Wissens. Wenn man nicht lesen kann, kann man auch Texte nicht verstehen und sich eine eigene Meinung bilden.

Wenn man nicht rechnen kann, kann man auch nichts erstellen und anfertigen.

Mit dem Lehrplan 21 kommt nun die Zementierung dieser Tendenz. Kinder dürfen selber entscheiden, was sie lernen wollen. Es werden Selbstkompetenzen gefördert und nicht Fachkompetenzen vermittelt. Doch wie will ein Kind die deutsche Sprache erlernen, wenn ihm niemand die Grundkenntnisse aufzeigt?

Wir haben als überparteiliches Komitee die Kantonale Volksinitiative «Bildungsreformen vor das Volk» gestartet, um diese gefährliche Bildungsreform Lehrplan 21 zu stoppen.

MARKUS MÜLLER-BIRNER,
SEMPACH STATION

MIT EU-ANSCHLUSS AN PARLAMENT UND VOLK VORBEI

Lehrplan 21 legt die Axt an unser erfolgreiches Schulsystem

Im Dezember 2015 wurde in den Medien erstmals über den linken Widerstand gegen den Lehrplan 21 berichtet. Bisher behaupteten sie immer, der Widerstand würde lediglich von «rechtskonservativen», «ewiggestrigen» Kreisen kommen. Dabei gab es schon lange und immer wieder linke Stimmen, wie diejenige von Hans Zbinden, langjährigem SP-Nationalrat und Vater des Bildungsartikels von 2006 in der Bundesverfassung.

Bis vor 25 Jahren galt das Schweizer Bildungswesen als Vorbild für sehr viele Länder weltweit. Laut Zbinden erhielt die Schweiz «noch im ersten Länderbericht der OECD von 1990 grosses Lob für die ausgeprägte demokratisch-parlamentarische Einbettung des Bildungswesens, für dessen Bürgernähe und seine damit verbundene grosse gesellschaftspolitische Legitimität».

Der hohe Schweizer Lebensstandard ist vor allem dem hohen Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bevölkerung, das in Volksschule und dualem Bildungssystem erworben wurde, zu verdanken. Der Klassenunterricht in der Volksschule durch didaktisch und pädagogisch erfahrene Lehrpersonen war lange Zeit ein Schweizer Erfolgsmodell. Er garantierte die für die direkte Demokratie unabdingbare Chancengleichheit bei der Bildung. Die notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten wurden in humanwissenschaftlicher und bildungsphilosophisch fundierter und praxisnaher Lehrerausbildung in Lehrerseminaren vermittelt.

Heimliche Anpassung an die EU

Schon im Mai 2009 wies Zbinden auf den «lautlosen Gang des schweizerischen Bildungswesens nach Europa hin» und damit auf die ausländischen Drahtzieher der ständigen Reformen, die auf den radikalen Totalumbau der Volksschule mit dem Lehrplan 21 ausgerichtet waren.

Für die Volksschule ist ein Systemwechsel ähnlich der Bologna-Reform beim Hochschulsystem geplant, den Zbinden als «Bruch mit der Tradition der europäischen Hochschulbildung» und als «weltanschaulicher Wertewandel bzw. grundlegenden Paradigmenwechsel weg von traditionellen humanistischen Bildungszielen hin zu einer utilitaristischen Instrumentalität» (Diktat von Wirtschaftsinteressen) charakterisierte.

Zbinden kritisierte, dass in der Schweiz die europäischen Reformen immer mehr

an Parlamenten und der Öffentlichkeit vorbei nachvollzogen würden. 1990 habe die «liaison» zwischen der Schweiz und der Wirtschaftsorganisation OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) angefangen und sich mit immer stärkerer Anpassung an die internationalen Vorgaben fortgesetzt: Standards (PISA, TIMSS), Praktiken, Regelungen und auch Politiken seien zunehmend auch für Schweizer Schulen massgebend geworden.

Diese Stellungnahme Zbindens lässt keinen Zweifel daran, dass die Agenda der Schweizer Bildungsentwicklung der letzten 15 Jahre wesentlich den «Taktgebrinnen» OECD und EU zu verdanken ist. Die Standardisierung der Unterrichtsführung und die Outputtests zum Vergleich von Schulleistungen dienen als Grundlage für die Top-down-Steuerung der Schulentwicklung durch die Bildungsverwaltung. Das ist auch der Grund für die Ausarbeitung des Kompetenzmonsters im Lehrplan 21.

Die globalisierte Wirtschaft steuert Schweizer Volksschulreformen

Die OECD, die eigentlich von den USA diktiert wird, hat über die Pisa-Strategie grundlegende Volksschulreformen angestossen. Hier geht es um eine Gleichschaltung und Steuerung der Bildung von aussen im Dienste einer globalen Wirtschaft, mit dem Ziel, die zur Privatisierung geeigneten lukrativen Rosinen des öffentlichen Schulwesens ausfindig zu machen sowie die gleiche Schulsoftware, standardisierte Lehrmittel usw. weltweit vermarkten zu können.

Die frühere Bürgernähe und demokratisch-parlamentarische Legitimation der Schule ist infolge des Drucks der internationalen Organisationen heute nicht mehr vorhanden. Deshalb weiss die Bevölkerung heute kaum noch etwas Genaueres über die Weichenstellungen in der Schule der letzten zwei Jahrzehnte. Vielmehr definiert und entscheidet eine professionelle Expertokratie: Eine kleine Clique hoher Bildungsverwaltungsmitglieder und deren Berater mit

Verbindungen in allerlei nationale und internationale Steuerungsgremien (ausländische Stiftungen globaler Konzerne wie Bertelsmann, Jacobs, Mercator usw.) bestimmt eigenmächtig, wie die Schweizer «Schulentwicklungs» auszusehen hat.

Inländische Drahtzieher steuern an Parlament und Volk vorbei

Die inländischen Drahtzieher sind vor allem in den Exekutiven und deren aufgeblähten Verwaltungen und teuren externen Beratern zu suchen, die mit nicht demokratisch legitimierten Parallelorganisationen (EDK, Städteinitiative, Metropolitanregionen usw.) Druck auf die öffentliche Meinung machen und gleichzeitig versuchen, demokratisch legitimierte Institutionen wie die Schulaufsicht zu beseitigen und damit die Verankerung der Schule in der Bevölkerung aufzulösen. Kürzlich hat ihnen allerdings der Zürcher Kantonsrat einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er die Abschaffung der Schulpflege aus dem neuen Gemeindegesetz gekippt hat.

Für Zbinden ist jeder Lehrplan politisch, die Frage sei nur: ob man es offen zugebe oder nicht. Für ihn hat der Lehrplan 21 die Grundidee der Bildungsverfassung nicht erfasst. Der Lehrplan hätte den Kantonen lediglich einen Rahmen liefern sollen. Die EDK habe jedoch den Top-Down-Ansatz gewählt und Werte vorgegeben.

Tatsächlich wurden die «Grundlagen für den Lehrplan 21» seit 2006 von einem kleinen Expertokratenzirkel im Geheimen festgelegt und 2010 von der D-EDK abgesegnet. Die EDK beansprucht die alleinige Deutungsmacht für «guten Unterricht», was die faktische Abschaffung der freien Methodenauswahl bedeutet. In den «Grundlagen» wird das «selbstgesteuerte Lernen» (eine krude, unwissenschaftliche Mischung von gescheiterten Reformutopien aus dem letzten Jahrhundert: Antipädagogik, Antiautoritäre Erziehung, Konstruktivismus) und die «kompetenzorientierung» des Psychologen Franz E. Weinert als

das «moderne» Bildungssystem vorgegeben. Ab 2011 durften die von der Steuergruppe handverlesenen Mitglieder der Fachbereichsteams die ihnen von der D-EDK diktierten Grundlagen in Tausende von Pseudo-Teilkompetenzen zerhacken. So hat der Berg eine Maus geboren, weil man aus einem Berg Hackfleisch kein Filetstück machen kann, wie es die bisherige effiziente und transparente Notengebung ist. Obwohl hauptsächlich die «kompetenzorientierung» kritisiert wird, sind die Folgen des «selbstgesteuerten Lernens» viel einschneidender und gefährlicher. Beide sind allerdings untrennbar miteinander verknüpft.

Das gefährliche Dogma des «selbstgesteuerten Lernens»

Das Dogma des «selbstgesteuerten konstruktivistischen Lernens» (Sol. = «Schule ohne Lehrer», «Unterricht ohne zu unterrichten») in den «Grundlagen für den Lehrplan 21» der D-EDK verbietet dem Lehrer, seine Hauptaufgaben wahrzunehmen: Er darf sein Wissen nicht weitergeben, nicht mehr unterrichten, nicht erklären, nicht motivieren und

nicht erziehen (nach Konstruktivist Peter Frattton). Das ist, wie wenn man den Journalisten das Schreiben verbieten würde, weil man sich nur dann eine eigene Meinung «konstruieren» könne. Das könnte das Ende des Lehrberufs bedeuten. Den Job als «Lernbegleiter», der «Lernumgebungen» bereitstellt, indem er Arbeitsblätter von Bertelsmann & Co. vom Internet herunterlädt und an die Schüler verteilt, können auch gratis arbeitende Senioren oder Zivildienstleistende machen.

Ein solch gefährliches und teures, sozialpsychologisches Grosseperiment mit unseren Schulkindern darf das Volk nicht zulassen. Wegen der jahrelangen Geheimniskrämerei, der Top-down-Strategie der D-EDK am Volk vorbei und der Verhinderung einer demokratischen und transparenten Diskussion hagelt es nun Kritik von rechts und links, der Unmut der Bürger wächst zum Sturm. Mit kantonalen Volksinitiativen gegen den Lehrplan 21 muss der Verfall unseres Bildungssystems unbedingt gestoppt werden.

Von Peter Aebersold, Zürich



Das gefährliche Experiment des selbstgesteuerten Lernens für Schüler ist eine der Grundlagen des Lehrplan 21.

Besser leserlich unter:

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Zuercher-Bote-8.4.16.pdf>

QUINTessenzen, 9. April 2016

Gerhard Riegler: Späte Einsicht



„Nach Möglichkeit und bei entsprechendem Bedarf sollen Schülerinnen und Schüler [...] vor dem vollständigen Eintritt in den Regelunterricht, in eigenen Sprachstartgruppen intensiv in der Unterrichtssprache Deutsch soweit auf den Regelunterricht vorbereitet werden, dass sie in diesen vollständig übertreten und diesem folgen können.“ (1)

So lautet ein Vorhaben der Bundesregierung, das am Donnerstag in Begutachtung geschickt wurde. Es ist höchst erfreulich, dass endlich Einsicht ideologische Blockaden zu überwinden scheint. Die katastrophalen Ergebnisse der Standardüberprüfung am Ende der Volksschule dürften das jahrelange Verdrängen der Wirklichkeit nun doch beenden. Am Tag der Präsentation hatte die Unterrichtsministerin ja noch einen kläglich-skurrielen (letzten?) Versuch unternommen, die traurige Wirklichkeit schönzureden: *„Das Ergebnis zeigt, dass das österreichische öffentliche Bildungswesen sehr gut funktioniert.“ (2)*

Hier einige Fakten:

- 38 % der 10-Jährigen Österreichs verfügen über kein ausreichendes Leseverständnis. In Wien sind es sogar 44 %. (3)
- Österreichweit erreichen fast zwei Drittel der 10-Jährigen die Lernziele beim Leseverständnis nicht oder nur teilweise. (4)
- 10-Jährige aus einem Elternhaus mit höchstens Pflichtschulabschluss haben auf ihre gleichaltrigen MitschülerInnen, deren Eltern eine universitäre oder ähnliche Bildung aufweisen, einen Leistungsrückstand von über drei Jahren. Sie befinden sich mit ihren Leistungen kurz vor Ende der Volksschule dort, wo die anderen bereits am Beginn standen. (5)

Univ.-Prof. Dr. Stefan Hopmann fand im Ö1-Morgenjournal klare Worte: *„Da ist es fast unmöglich, egal wie gut die Lehrkraft ist, tatsächlich alle so zu erreichen, dass sie ihre Möglichkeiten ausnutzen können. Das heißt, was wir dringend bräuchten, wäre eine Schulorganisation – schon in der Volksschule –, die es ermöglichen würde, unterschiedlichen Förderbedarf unterschiedlich zu bedienen.“ (6)*

Spät kommt die Erkenntnis der Politik, für viele junge Menschen, denen durch das jahrelange Verschleppen eines dringenden Handlungsbedarfs faire Chancen geraubt wurden, viel zu spät. Deshalb mischt sich in meine Freude ein hohes Maß an Ärger und Wut. Österreichs Schulpolitik scherte sich viel zu lange keinen Deut um bildungswissenschaftliche Erkenntnisse.

Was jenseits der engen Grenzen Österreichs oder gar in englischer Sprache publiziert wird, ignoriert die Politik nahezu durchgängig. Aber zumindest den leicht verständlichen Nationalen Bildungsbericht des BIFIE hätten die Damen und Herren schon vor drei Jahren in die Hand nehmen können, statt die ewig gleichen dummen Sprüche zu klopfen. In ihm hätten sie lesen können, dass in Österreich 10-Jährige, deren Eltern höchstens über Pflichtschulabschluss verfügen, auf ihre MitschülerInnen, deren Eltern eine universitäre oder ähnliche Bildung aufweisen, in Deutsch einen Leistungsrückstand von über drei Jahren aufweisen. Ja, genau dasselbe, was jetzt die Standardergebnisse belegen! (7)

Sollten sich PolitikerInnen, durch diesen Kommentar angeregt, vielleicht doch noch dazu bequemen, den Nationalen Bildungsbericht drei Jahre nach seinem Erscheinen in die Hand zu nehmen, werden sie auf derselben Seite erfahren, dass es unserer differenzierten Sekundarstufe I gelingt, diesen Rückstand um immerhin etwa ein Drittel zu verkleinern.

Ebenso könnten sie in BIFIE-Publikationen nachlesen, dass der enorme Rückstand, den 10-Jährige mit Migrationshintergrund aufweisen, während der differenzierten Sekundarstufe I deutlich verringert wird. (8)

In Staaten, deren öffentliches Schulwesen sich auf Gesamtschulen beschränkt, steigt die Abhängigkeit der Schülerleistungen vom Elternhaus während der Sekundarstufe I. Um das zu erfahren, müssten sie zu bildungswissenschaftlicher Literatur aus dem Ausland greifen, aber das ... (s. o.)

Die „Panama Papers“ führten binnen weniger Tage zu ersten Rücktritten. Das jahrelange Ignorieren, Vertuschen und Auf-den-Kopf-Stellen von Fakten durch Österreichs „Schulpolitik“ würden meines Erachtens Rücktritte nicht weniger rechtfertigen. Ignoranz und Präpotenz haben genug Schaden angerichtet und gefährden unsere Zukunft.

Artikel mit Fussnoten

<https://quinecke.wordpress.com/2016/04/09/gerhard-riegler-spaete-einsicht/>

Kommentar

[*Urs Kalberer*](#)

Auch in der Schweiz verlassen 20 Prozent der Schüler die Volksschule ohne Lesen zu können. Auch bei uns wird verharmlost und getröstet. Aber getan wird nichts. Gleichzeitig pflegen wir zwei Frühfremdsprachen in den ersten Schuljahren, was sich als schädlich für den gründlichen Erwerb von Deutsch herausstellt. Ganz abgesehen davon, dass mit den Frühfremdsprachen enorm viel Zeit und Geld sinnlos vernichtet wird.

<https://quinecke.wordpress.com/2016/04/09/gerhard-riegler-spaete-einsicht/>

Tagblatt, 9. April 2016

Wenn Lehrkräfte in eigener Sache politisieren

FRAUENFELD. Lehrpersonen müssen Entscheidungen der Schulbehörde und Anweisungen der Schulleitung umsetzen. Gleichzeitig sind Lehrerinnen und Lehrer aber auch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit politischen Rechten. Das kann vor allem dann zum Problem werden, wenn schulisch-pädagogische Fragen zum Abstimmungsthema werden. Aktuell ist das im Thurgau mit der Einführung des Lehrplans 21 und der dagegen ergriffenen Volksinitiative «Für eine gute Thurgauer Volksschule» der Fall.

Wo liegt die Grenze?

Um die Haltung der Thurgauer Regierung in diesem Spannungsfeld aus Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber und politischen Rechten auszuloten, hat CVP-Kantonsrat Reto Lagler (Ermatingen) eine einfache Anfrage eingereicht. Lagler will unter anderem wissen, wo die Kantonsregierung die Trennlinie zwischen privaten Äusserungen einer Lehrperson und der Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber zieht. Und wo im speziellen diese Grenze im Vorfeld der Abstimmung über die besagte Volksinitiative liegt. Auch erkundigt sich der CVP-Kantonsrat, ob die Behörden Kenntnis hätten von Fällen missbräuchlicher Sanktionen oder Sanktionsandrohungen gegen Lehrkräfte. Und: «Wie reagiert oder wie würde ein Amt auf eine entsprechende Meldung reagieren?»

Meldungen über Maulkörbe

Schliesslich will Lagler in Erfahrung bringen, welche Empfehlungen beziehungsweise Richtlinien der Kanton für den Umgang der verschiedenen Beteiligten untereinander in diesen Situationen gibt. Und wie er die politischen Rechte von Lehrpersonen sicherstellt. Kantonsrat Lagler begründet seinen parlamentarischen Vorstoss damit, dass es Meldungen gebe über Einflussnahmen, Einschränkungen und Maulkörbe gegenüber Lehrkräften im Kanton. (ck)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Wenn-Lehrkraefte-in-eigener-Sache-politisieren;art123841,4583859>

Tagblatt, 14. April 2016

Unfreundlichkeiten zum Lehrplan

Die Initianten der Volksinitiative gegen den neuen Lehrplan werfen der Thurgauer Kantonsregierung vor, die bevorstehende Volksabstimmung zu ignorieren. Die Regierung beruft sich auf das geltende Recht. Jetzt verschärft sich der Ton.

CHRISTIAN KAMM

FRAUENFELD. In einer gestern verbreiteten Medienmitteilung wird scharf geschossen. Der Regierungsrat offenbare nicht nur ein «selbstherrliches Machtgebaren», schreibt das Initiativkomitee «Für eine gute Thurgauer Volksschule». Seine Haltung lasse auch «ernsthaft am Demokratieverständnis zweifeln».

Starker Tobak. Hintergrund der Vorwürfe: Die Initianten befürchten ein *Fait accompli* bei der Abstimmung über ihr Volksbegehren, welches gegen den neuen Lehrplan gerichtet ist. Die «Einführungsmaschinerie» für den Lehrplan laufe auf Hochtouren, lautet der zentrale Vorwurf, ohne dass auf die bevorstehende Abstimmung über die Volksinitiative Rücksicht genommen werde. Und: «Der Regierungsrat will ganz offensichtlich in Sachen Lehrplan Fakten schaffen, bevor das Volk ihm das Recht dazu entzieht.»

Umfassend diskutieren

Das Komitee verlange keinen Marschhalt, sagt Co-Präsident Felix Huwiler auf Anfrage. Wohl aber eine Verlangsamung des Fahrplans und darüber hinaus eine umfassende Diskussion. Die Kantonsregierung müsse aus Respekt gegenüber den unterschiedlichen Meinungen auf die Bremse treten und sich einer breiteren Diskussion über den Lehrplan stellen. Immerhin hätten rund 5000 Stimmbürger die Initiative unterschrieben und forderten eine demokratische Abstützung von Lehrplänen, sagt Huwiler. Ziel des im Thurgau lancierten Volksbegehrens ist es, dass Lehrpläne künftig vom Grossen Rat genehmigt werden müssen und dem fakultativen Referendum unterstehen. Heute erlässt der Regierungsrat sie in eigener Kompetenz.

An diesem Punkt prallen denn auch die Meinungen aufeinander. Der Regierungsrat verweist in seiner Beantwortung eines Briefs von Komiteemitgliedern darauf, dass die Arbeiten zur Einführung des neuen Lehrplans im Thurgau bereits 2012 begonnen hätten – also lange vor der Einreichung der Volksinitiative am 3. November 2015. Zudem verändere die Einreichung einer Initiative allein noch kein Recht, betont die Kantonsregierung. «Wenn jeder blosser Änderungsvorschlag bewirken könnte, unser geltendes Recht ausser Kraft zu setzen, geriete unser Rechtsstaat völlig aus den Fugen.»

Vorschlag zur Güte

Urs Schrepfer (SVP, Busswil), Schulleiter und Präsident der vorberatenden Kommission, die sich mit der Initiative befasst, teilt die Auffassung des Regierungsrates. Es dürfe nicht sein, dass man durch das Sammeln von Unterschriften alle Arbeiten, die seit 2012 gemacht worden seien, stoppen könne. «Das kommt nicht in Frage.»

Gleichzeitig plädiert Schrepfer aber dafür, die Situation emotional zu entschärfen. Indem etwa bereits im November über die Initiative abgestimmt würde, also noch vor dem formellen Beschluss des Regierungsrat über den Lehrplan. «So verlieren wir nur anderthalb Monate gegenüber dem Fahrplan.» Das sei zwar zeitlich ehrgeizig, aber unter Umständen machbar, sagt Schrepfer. Gleichzeitig betont er, dass das seine persönliche Meinung als Kantonsrat sei. «Am Schluss ist es das Grossratsbüro, das über Termine entscheidet.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Unfreundlichkeiten-zum-Lehrplan;art123841,4589181>

Schweiz am Sonntag, 10. April 2016

Das gottlose Klassenzimmer

Die Schulen haben den Glauben aus dem Klassenzimmer verbannt. Nun kehrt er mit muslimischen Kindern zurück. Brauchen wir wieder konfessionellen Unterricht?

Glaubt ihr denn, fragte einst der Schriftsteller Gottfried Keller, dass der liebe Gott in die Kirche geht? Heute müsste Keller die Frage anders stellen: Glaubte ihr denn, dass der liebe Gott ins Klassenzimmer geht?

Der konfessionelle Religionsunterricht ist in den vergangenen 20 Jahren in fast allen Kantonen aus den Schulen verschwunden. Weg vom Krippenspiel und der Arche Noah, hin zu Buddha und Mohammed. Die verschiedenen Weltreligionen rücken ins Zentrum des Unterrichts. Aus den Religionsstunden wird im neuen Lehrplan 21 das Fach «Ethik, Religionen, Gemeinschaft». Die Landeskirchen haben ihren Platz an den Schulen verloren, zerdrückt von dichten Stundenplänen, geschwächt vom Mitgliederschwund einer sich abwendenden Gesellschaft.

Mit den muslimischen Kindern kehrt die Glaubensfrage in unsere Schulen zurück. Mit Wucht. Die Sekundarschule Therwil BL hatte zwei muslimischen Brüdern erlaubt, ihrer Lehrerin zur Begrüssung die Hand nicht zu geben – weil sie angaben, dass sich die Berührung nicht mit ihrer religiösen Überzeugung vertrage. Die «Handschlag-Affäre» ging um die Welt. Nach Deutschland, wo die «Süddeutsche Zeitung» ungläubig anmerkte, dass die Diskussion im Nachbarland geführt wird, nicht in Saudi-Arabien; nach Australien, wo Radiomoderatoren ins Büro des Basler Erziehungsdirektors durchklingelten; und wieder zurück ins Schweizer Fernsehen, wo die «Arena» am Freitagabend fragte: «Hat Religion überhaupt etwas an den Schulen verloren?»

Die Debatte ist Ausdruck der Orientierungslosigkeit. Selbst Bundesrätin Simonetta Sommaruga sah sich innerhalb einer 48-Stunden-Frist gezwungen, klarzustellen, dass der Händedruck Teil unserer Kultur sei. Nur, wie Schulen diese Umgangsformen im Einzelfall durchsetzen sollen, darauf gibt es keine Antwort. «Wir sind in einer neuen Phase im Umgang mit religiösen Fragen angelangt», sagt der Ägyptologe und ehemalige höchste Rektor der Schweiz, Antonio Loprieno. Über Jahrzehnte habe Westeuropa eine offene und tolerante Haltung vorgelebt, sagt er. Mit der Radikalisierung islamistischer Gruppen und den Anschlägen in Europa habe eine Abwehrhaltung eingesetzt. «Wir achten stärker auf die Einhaltung unserer Werte und Normen.»

Lassen sich kulturelle Spannungen im Alltag umgehen, nehmen Schulen eine Sonderrolle ein. Die Klassenzimmer werden zur letzten Zwangsgemeinschaft der Gesellschaft. Ein Mikrokosmos der Probleme, eine Kristallisation der Werte. Werte, über die Schulleiter und Lehrer entscheiden müssen.

90 000 muslimische Kinder besuchen in der Schweiz den Kindergarten oder die Schule – nicht nur deshalb rückt der Islam ins Zentrum der neuen Religionsdebatte. Die Religion scheint den Nationalismus verdrängt zu haben. Menschen aus Bosnien, dem Kosovo oder der Türkei sind in erster Linie nicht mehr Ausländer, sondern gehören zum Islam. «Früher war ich wegen meines Nachnamens ein Jugo, heute bin ich wegen meines Vornamens ein Muslim», fasst ein junger Mann die Entwicklung in einer schweizweiten Umfrage zusammen. Unabhängig davon, ob sie gläubig sind oder nicht, ob sie ihre Religion praktizieren oder nicht, werden Muslime auch hierzulande mitverantwortlich für terroristische Anschläge gemacht.

«Die Vorurteile nehmen zu», sagt Mallory Schneuwly Purdie. Sie ist Soziologin an der Universität Fribourg und hat die Studie «Muslime in der Schweiz» mitverfasst. Dabei würden über 80 Prozent der Muslime ihre Religion pragmatisch und ohne Widerspruch zu den hiesigen Werten leben. Ausserdem seien lediglich 70 000 von knapp 500 000 Muslimen aktive Gläubige. Das hängt mit ihrer Herkunft zusammen. 80 Prozent stammen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei.

Doch während sie vor zehn Jahren noch geschätzte Gastarbeiter waren, fürchten sie heute, nicht mehr als Arbeitskollegen oder Nachbarn wahrgenommen zu werden, sondern als Muslime.

Wie lässt sich die Angst beider Seiten nehmen? 2012 machte sich die reformierte Kirche für muslimischen Religionsunterricht in Basel stark, weil sie den Extremismus stoppen und die Verständigung fördern wollte. Daraus wurde nichts. Einige Sonderfälle hat die föderalistische Schweiz trotzdem hervorgebracht. In den Luzerner Gemeinden Kriens und Ebikon können Schüler neben dem katholischen oder reformierten auch den islamischen Unterricht besuchen. Das Projekt läuft seit nun mehr als 10 Jahren, mit positivem Fazit.

Auch in Will SG gibt es einen muslimischen Religionsunterricht, geführt von einem liberalen Imam. «Da gibt es noch viel ungenutzten Spielraum», sagt Islamwissenschaftler Andreas Tunger-Zanetti von der Universität Luzern. Viele Verantwortliche wüssten offenbar nicht, dass solcher Unterricht in einigen Kantonen erlaubt sei.

Doch nicht nur der Glauben der Minderheiten soll an den Schulen wieder eine grössere Rolle spielen. Nach der Handschlagdebatte mehren sich die Stimmen für eine Stärkung der jüdisch-christlichen Tradition. Bischöfe liefen gegen die erste Version des Lehrplans 21 Sturm, weil christliche Feste nicht explizit erwähnt wurden. Der Schweizer Kardinal Kurt Koch warnte: «Wenn Europa seine eigenen christlichen Wurzeln abschneidet, verliert es seine Identität. Das ist gefährlich.»

Der Kirchenratspräsident der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen, Martin Schmidt, wünscht sich wieder mehr konfessionellen Unterricht. In St. Gallen werden Landeskirchen bis in die Klassenzimmer geduldet. Das wird zunehmend zum Sonderfall. In Genf und Neuenburg sind Kirche und Schule konsequent getrennt. Auch in Zürich und Bern organisiert der Staat einen konfessionslosen Ethikunterricht. Kirchen müssen die Kinder ausserhalb der Schule auf Firmung und Konfirmation vorbereiten. Einige Berner Kirchgemeinden erhalten von den Schulbehörden nicht einmal mehr die Klassenlisten – wegen des Datenschutzes.

«Wenn christlich-humanistische Werte nicht mehr vermittelt werden, werden sie durch andere ersetzt», sagt Schmidt – durch Geld, Freizeit oder Egoismus. Der Hedonismus nehme zu, die Nächstenliebe ab. «Die Theologie muss Partner der Bildung bleiben.» Das fördere das Verständnis. «Man kann nur einen Vergleich zu anderen Religionen ziehen, wenn man selbst eine Position vertritt», sagt er. Nur ein Christ könne die Werte eines Muslims oder Juden wirklich verstehen – und umgekehrt.

Die Bedeutung des Glaubens muss nicht an die Konfession gebunden bleiben. Moritz Leuenberger, Alt-Bundesrat und Pfarrerssohn, bestreitet die Trennung zwischen Kirche und Staat nicht. Er bedauert aber, wenn religiöse Aspekte aus der politischen und ethischen Debatte verbannt werden. «Ethische Diskussionen sollten nicht nur angeblich rationale Aspekte berücksichtigen, sondern religiös bedingte Auffassungen ebenfalls thematisieren», sagt er. Er zieht einen Vergleich zur Präimplantationsdiagnostik, über die im Juni abgestimmt wird. Ethiker würden sich darauf festlegen, allein ihre reine Vernunft walten zu lassen. «Doch die ist beschränkt, wie sie bei uns allen beschränkt ist», sagt Leuenberger. Die religiösen Überzeugungen dürften in diesem Fall nicht einfach ausgeblendet werden.

Gilt das auch für unsere Klassenzimmer? Gottfried Keller widersprach einst Nietzsche. Gott sei nicht mausetot, sondern bloss «mäuschenstill». Ob er im Unterricht still bleiben soll, müssen nun die Schulen entscheiden.

<http://www.schweizamsonntag.ch/>

Streit an Schulen: Wie das Bundesgericht entschieden hat

Schwimmunterricht

2008: Schwimmunterricht ist obligatorisch, egal welcher Religion Schüler und Schülerinnen zugehörig sind. Dies hat das Bundesgericht 2008 entschieden und 2013 bestätigt. Im Handbuch «Muslimische Kinder in der Schule» gibt das National Coalition Building Institute (NCBI) praktische Tipps: Falls getrennte Duschen nicht vorhanden sind, sollen sich Kinder mit einem Lappen am Lavabo waschen.

Weihnachtslieder und Krippenspiele

2012: Kinder müssten in der Regel Weihnachtslieder mitsingen. Sie dürfen aber nicht dazu gezwungen werden, wenn im Lied ein ausdrückliches Glaubensbekenntnis vorkommt. Das hat das Bundesgericht 2012 festgehalten. Hingegen darf man in der Schule mit den religiösen Gesängen anderer konfrontiert werden.

Sexualunterricht

2014: Das Bundesgericht verbietet den Dispens vom Sexualunterricht. Der Unterricht greife zwar in das Erziehungsrecht der Eltern ein und tangiere ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit, meinte das Bundesgericht 2014. Es hält diese Eingriffe aber für gerechtfertigt. Nun will die SVP mit einer «SchutzInitiative» Aufklärung zur Familiensache machen. Nur mit dem Einverständnis der Eltern sollen Kinder frühestens ab 9 Jahren Sexualunterricht bekommen.

Kruzifixe

2011: Kruzifixe in Klassenzimmer von öffentlichen Schulen sind zulässig. Dies hielt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2011 fest. Allerdings sollen die Staaten selber darüber entscheiden können. Das Bundesgericht urteilte jedoch 1990, dass Kruzifixe, also Kreuze mit einer Jesus-Figur, in Schulzimmern gegen die religiöse Neutralität verstossen.

Kopftuch

2015: Schülerinnen dürfen im Klassenzimmer ein Kopftuch tragen, da es den Unterricht nicht stört und ein Verbot ein weitreichender Eingriff in die Religionsfreiheit ist. Das hielt das Bundesgericht 2015 fest. Bei Lehrerinnen sieht es anders aus. Ihnen ist das Tragen eines Kopftuches untersagt, da Lehrer eine Einschränkung der Religionsfreiheit hinnehmen müssen, wenn diese verhältnismässig ist.

Schullager

Streitfrage: Schulreisen, Sportwochen und Klassenlager sind Teil des Unterrichts und damit obligatorisch. Trotzdem können die Eltern Urlaub vom Unterricht und von Schulveranstaltungen beantragen. Manche muslimische Eltern stört der enge Kontakt, der zwischen den Geschlechtern entstehen kann. Noch gab es zu dieser Debatte kein Urteil.

Tagblatt, 10. April 2016

EDK-Präsident setzt Thurgau unter Druck

Für den Präsidenten der Erziehungsdirektoren muss der Bund beim Frühfranzösisch eingreifen, falls der Thurgau seine Pläne nicht aufgibt.

ROGER BRAUN

Der Bund wägt derzeit ab, ob er in die Sprachenfrage eingreifen soll. Auslöser ist der Kanton Thurgau, der letzte Woche bekräftigt hat, dass er den Französischunterricht aus der Primarschule kippen wird. Bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) liegt gegenwärtig ein Schreiben von Innenminister Alain Berset. Der Bundesrat möchte wissen, ob die Kantone damit einverstanden sind, dass der Bund in der Sprachenfrage aktiv wird und eine zweite Landessprache in der Primarschule vorschreibt.

Harmonisierung gescheitert

Präsident der Erziehungsdirektoren ist Christoph Eymann, Bildungsdirektor aus Basel-Stadt. Er macht keinen Hehl daraus, dass er den Moment für eine Bundesintervention gekommen sieht. Er sagt: «Der Bund ist nicht nur ermächtigt, sondern verpflichtet, einzugreifen, wenn die Kantone ihrer Pflicht zur Harmonisierung der Lehrpläne nicht nachkommen.» Noch hat die EDK nicht in diesem Sinne geantwortet. Eymann möchte das Thema vorher im Vorstand diskutieren, sagt aber bereits heute: «Für die Spitze der EDK ist klar, dass der Bund das Heft in die Hand nehmen muss, falls der Thurgau nicht von seinen Plänen abkommt.»

Widerstand aus der Ostschweiz

Einem Einschreiten skeptisch gegenüber stehen mehrere Ostschweizer Kantone. Der Innerrhoder Landammann Roland Inauen hebt die kantonale Hoheit bei der Bildung hervor. Greife der Bund ein, stelle er das bewährte föderale System in Frage. «Das ist mit allen Mitteln zu verhindern.» Die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill wehrt sich ebenfalls gegen die Bevormundung vom Bund. «Wir müssen aufpassen, dass wir den Bogen nicht überspannen – umso mehr als der Thurgau den Französischunterricht ja nicht schwächt, sondern nur auf die Oberstufe verschiebt.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz-am-sonntag/front/EDK-Praesident-setzt-Thurgau-unter-Druck;art304170,4584848>

Tagblatt, 10. April 2016

Frühfranzösisch entzweit Kantone

Ob der Thurgau das Frühfranzösisch kippen kann, ist alles andere als sicher. Der Bund ist bereit einzugreifen, falls der Thurgau sein Vorhaben umsetzt. Der Präsident der Erziehungsdirektoren, Christoph Eymann, signalisiert Unterstützung für eine Intervention.

Roger Braun

Viele hatten gehofft, dass es sich der Thurgau nochmals anders überlegt. Es kam anders. Letzte Woche gab die Regierung bekannt, dass ab August 2018 an den Thurgauer Primarschulen kein Französisch mehr unterrichtet wird. Dies, nachdem das Parlament bereits früher diesen Willen bekundet hatte. Die Kritik aus der Westschweiz liess nicht auf sich warten. Vielerorts sorgt man sich um den Stellenwert der französischen Sprache in der Schweiz (siehe Seite 17). «Ich bin enttäuscht und schockiert über den Entscheid. Er ist ein Frontalangriff auf den nationalen Zusammenhalt», sagte CVP-Präsident Christophe Darbellay. Der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard sprach von einem Entscheid, der «in der Romandie als arrogant wahrgenommen wird» und nicht akzeptiert werden könne. Besonnener gab sich Innenminister Alain Berset. Er sei weiterhin zuversichtlich, dass die Kantone eine gemeinsame Lösung finden werden, sagte er.

Bund steht für Eingriff bereit

Trotz der zur Schau gestellten Gelassenheit: Hinter den Kulissen arbeitet der Bund an einer nationalen Lösung für die Sprachenfrage. Er tut dies in enger Abstimmung mit den Kantonen, da er weiss, dass ohne sie keine Mehrheiten zu machen sind. Bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) liegt derzeit ein Schreiben von Bundesrat Berset auf dem Tisch. Er möchte von der EDK wissen, ob sie damit einverstanden sei, dass der Bund eingreift und weitergehende Vorschriften erlässt. Heute schreibt das Sprachengesetz lediglich vor, dass am Ende der obligatorischen Schule Kenntnisse einer zweiten Landessprache sowie einer weiteren Fremdsprache vorhanden sein müssen. Befürworter des Frühfranzösisch fordern, dass dieses Gesetz ergänzt wird mit der Bestimmung, dass beide Fremdsprachen bereits in der Primarschule gelehrt werden müssen. Damit würde die Einigung der Erziehungsdirektoren aus dem Jahr 2004, der sogenannte Sprachenkompromiss, gesetzlich verankert – und der Thurgau zurückgepfiffen.

Selbstkritik der Kantone

Für den Präsidenten der Erziehungsdirektoren, Christoph Eymann, ist die Zeit reif für eine Intervention des Bundes, falls das Vorhaben im Kanton Thurgau umgesetzt wird. Er sagt: «Der Bund ist nicht nur ermächtigt, sondern verpflichtet, einzugreifen, wenn die Kantone ihrer Pflicht zur Harmonisierung der Lehrpläne nicht nachkommen.» Die gesetzliche Grundlage sieht der Basler Bildungsdirektor seit dem Ja der Schweizer Stimmbevölkerung zur Schulharmonisierung vor zehn Jahren gegeben. «Wir als Kantone haben damals den Auftrag erhalten, mit dem Kantönligeist aufzuhören. Stattdessen findet nun eine Rekantonalisierung des Sprachenunterrichts statt. Das geht nicht.» Eymann ist enttäuscht, dass es den Kantonen nicht gelungen ist, sich zusammenzurufen und eine Lösung untereinander zu finden. «Es gibt nichts zu beschönigen, wir haben versagt.»

Ostschweiz sagt «non»

Nicht alle Erziehungsdirektoren sehen das wie der EDK-Präsident. In der Ostschweiz ist der Widerstand gegen die drohende Einflussnahme des Bundes gross. Im Kanton Appenzell Innerrhoden beginnt schon heute der Französischunterricht erst in der Oberstufe. Für Landammann Roland Inauen hat das seine Richtigkeit, denn für das Schulwesen seien die Kantone zuständig. Mit dem Sprachengesetz gebe der Bund das Ziel vor, über den Weg entschieden die Kantone. «Ein Eingreifen des Bundes in der Sprachenfrage würde dieses bewährte föderale System in Frage stellen», sagt Inauen. «Das ist mit allen Mitteln zu verhindern.»

Ähnlich Töne sind aus dem Thurgau zu vernehmen. «Die Kantone müssen aufpassen, dass sie am Ende nicht selbst den Föderalismus zu Grabe tragen», sagt die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill. «Wir können nicht dauernd den Zentralisierungsdruck beklagen und gleichzeitig daran mitwirken, dass kantonale Kompetenzen zum Bund verschoben werden.» Für Knill ist zehn Jahre nach dem Volks-Ja zur Harmonisierung der Schule viel passiert. Schuleintritt, Schulstufen und Lehrpläne seien stark angeglichen worden. «Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir den Bogen nicht überspannen – umso mehr als der Thurgau den Französischunterricht ja nicht schwächt, sondern nur auf die Oberstufe verschiebt.»

Im Kanton Appenzell Ausserrhoden will man ebenfalls am Status quo festhalten. Bildungsdirektor Alfred Stricker sieht keinen Handlungsbedarf: «Ich bin überzeugt, dass es keine zusätzlichen Bundesvorschriften braucht. Auch wenn einzelne Kantone einen eigenen Weg suchen, erreichen doch alle dasselbe Ziel.»

Heisse Vorstandssitzung im Mai

EDK-Präsident Eymann weiss um die kritische Haltung einiger Kantone. Bevor die Erziehungsdirektorenkonferenz dem Departement Berset eine offizielle Antwort zukommen lässt, wird die EDK das Thema im Vorstand diskutieren. Mitte Mai werden sich die Vorstandsmitglieder zu einer Sitzung treffen. Mit am Tisch sitzen werden auch Monika Knill sowie der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker. Kölliker teilt mit, dass er vor diesen Gesprächen keine Stellung nehmen werde, ob eine Intervention des Bundes angebracht sei. Eymann will der Diskussion im Vorstand nicht vorgreifen, sagt aber: «Für die Spitze der EDK ist klar, dass der Bund nun das Heft in die Hand nehmen muss, wenn der Thurgau nicht von seinen Plänen abkommt.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz-am-sonntag/politik-und-wirtschaft/Fruehfranzoesisch-ent-zweit-Kantone;art304159,4584825>

Tages-Anzeiger, 10.04.2016

Schlechte Bildung: 30'700 Junge hängen am Staatstropf

Zehntausende 18- bis 25-Jährige finden keinen Job und belasten die Staatskasse. Ein neues Gesetz will nun die Eltern in die Verantwortung nehmen.

Jeder achte Sozialhilfebezüger in der Schweiz ist zwischen 18 und 25 Jahre alt. Statt in die Berufswelt einzusteigen, leben 30'700 Junge vom Staat, schreibt die «SonntagsZeitung» in Bezug auf die neuen Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS). In mehr als der Hälfte der Fälle fehlt es demnach an einem Berufsabschluss, weitere 1000 junge Sozialhilfebezüger sind weniger als sieben Jahre zur Schule gegangen. 1200 Erwachsene unter 25 Jahren landen trotz Matur oder Mittelschuldiplom bei der [Sozialhilfe](#).

«Sie kommen aus einem zerrütteten Elternhaus, haben eine schlechte Schulausbildung oder mangelnde Sprachkenntnisse» sagt Anita Schmid vom Sozialdienst der Stadt Zürich zur Zeitung. Betroffen seien häufig auch Personen, deren Eltern bereits staatliche Unterstützung beziehen. «Das erhöht das Risiko, dass auch die Kinder bei der Sozialhilfe landen», so Schmid.

Doch das sind nicht die einzigen Gründe. Eltern müssen ihre Sprösslinge nur dann finanziell unterstützen, wenn diese in Ausbildung sind. Für das Nichtstun zahlt der Staat. «Es ist absurd, dass die Eltern nur dann eine Unterhaltspflicht haben, wenn ihre Kinder eine Lehre machen oder studieren, und wenn die Ausbildung abgebrochen wird, muss die Sozialhilfe in die Bresche springen», kritisiert Pierre Yves Maillard, SP-Regierungsrat und Sozialvorsteher im Kanton Waadt. Er fordert eine generelle Unterhaltspflicht für die Eltern, bis die Kinder 25-jährig sind.

Vorstoss eingereicht

Dazu braucht es eine Änderung im Zivilgesetzbuch. Ein Vorstoss wurde bereits im März vom Waadtländer FDP-Nationalrat Laurent Wehrli eingereicht. «Die aktuellen Bestimmungen können gewisse Familien davon abhalten, ihr Kind zu einer Ausbildung zu motivieren», sagt Wehrli zur «SonntagsZeitung». «Massnahmen beim Unterhaltsrecht» werden auch von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) gefordert.

Klar ist bereits jetzt: Die Situation wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Grund ist die aktuelle Migration. Vermehrt reisen Jugendliche ohne Eltern und mit geringer Schulbildung ein. «Hier ist die Sozialhilfe häufig das einzige Finanzierungssystem für eine Ausbildung», sagt Felix Wolfers, Co-Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. (pat)

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Schlechte-Bildung-30-700-Junge-haengen-am-Staatstropf/story/22609749>

Mehr zum Thema

NZZ, 13.4.2016

Integration von psychisch Kranken

Mehr Arbeit statt IV-Renten für Junge

Die Zahl der jungen Menschen, die in der Schweiz wegen psychischer Erkrankungen eine IV-Rente beziehen, gibt Anlass zur Sorge. Wie können mehr Jugendliche trotz Handicap im Berufsleben Fuss fassen?

von Natalie Gratwohl

http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/mehr-arbeit-statt-iv-renten-fuer-junge-id.13390?extcid=Newsletter_13042016_Top-News_am_Morgen#kommentare

Tagblatt, 14. April 2016

Zurück bleiben offene Fragen

Nachdem die Oberuzwiler Stimmberechtigten den Nachtrag zur Gemeindeordnung zurückgewiesen haben, bleibt vorderhand alles beim alten. Gemeinderat und Schulrat müssen nun klären, wie die Schule in Zukunft geführt werden soll.

URS BÄNZIGER

OBERUZWIL. Nach angeregter und langer Diskussion haben die Oberuzwiler Stimmberechtigten an der Bürgerversammlung den Nachtrag zur Gemeindeordnung zurückgewiesen. Gemeinderat und Schulrat müssen nun darüber beraten, wie es weitergehen soll. An seiner nächsten Sitzung Anfang Mai werde der Gemeinderat einen Rückblick auf die Bürgerversammlung machen und die Situation genau analysieren, sagt Gemeindepräsident Cornel Egger. Klar ist, dass die beiden Räte nochmals über die Bücher gehen müssen.

Abschaffung vergessen

Die Idee, das Amt des Schulratspräsidenten abzuschaffen, müssen sie wohl vergessen. Zu deutlich fielen die Voten an der Bürgerversammlung aus, wonach der Schulratspräsident weiter durch das Volk gewählt werden müsse und nicht durch den Gemeinderat bestimmt werden solle. Die Quintessenz aus den Voten an der Bürgerversammlung wäre eigentlich, dass die Stelle des Leiters Volksschule abgeschafft und stattdessen der Schulratspräsident im Vollzeitpensum tätig sei, sagt Egger.

Aber das ist unter den gegebenen Umständen in der Praxis nicht durchführbar. Zum einen, weil Gallus Rieger erst im vergangenen Sommer seine neue Stelle als Leiter Volksschule angetreten hat und sich der Gemeinderat lobend über dessen Arbeit äussert. Zum anderen, weil Schulratspräsident Roland Waltart kaum bereit sein wird, seine jetzige berufliche Tätigkeit aufzugeben, um sich voll und ganz der Schule in Oberuzwil zu widmen.

Eingeschlagenen Weg fortführen

Er wolle der Beratung des Gemeinderates zum weiteren Vorgehen nicht vorgreifen, sagt der Gemeindepräsident. Aber nach seiner Meinung müsse der vor vier Jahren eingeschlagene Weg fortgeführt werden. Dabei spiele die Frage, ob der Schulratspräsident weiter durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt wird, eine untergeordnete Rolle. Wichtiger sei es, die rechtlichen Grundlagen für die Entwicklung an der Schule zu schaffen.

Den Anstoss dazu habe nicht der Gemeinderat, sondern der Schulrat gegeben, betont Egger. Denn es sei dessen Wunsch gewesen, sich mehr auf die strategische Führung zu konzentrieren und die operativen Entscheide dem Leiter Volksschule und den Schulleitungen zu überlassen. Vor ein paar Jahren wurde die Volkswahl des Schulrates abgeschafft. Trotz den Stimmen an der Bürgerversammlung, dass die Schule ein politischer Betrieb sei und daher das Volk seinen Einfluss nicht preisgeben dürfe, wird der Gemeinderat kaum auf diesen Abstimmungsentscheid zurückkommen.

Kompetenzen überdenken

Bedeutender als die Frage, ob der Schulrat in Zukunft Bildungskommission heissen wird, ist deren Entscheidungsbefugnis. Auch das gab an der Bürgerversammlung zu reden. Einige Stimmbürger bekundeten Mühe damit, dass der Schulrat zwar für die langfristige Entwicklung der Schule zuständig ist, ihm aber nicht mehr die unmittelbare Führung obliegen soll. Es ist ein umstrittener Punkt im Nachtrag zur Gemeindeordnung, den Gemeinderat und Schulrat überdenken müssen.

Die Schule ist in Oberuzwil ein emotionales Thema. Gemeinderat und Schulrat wollen nach der Rückweisung des Nachtrags die Lage sachlich beurteilen. Und sich dabei Zeit lassen, wie Cornel Egger sagt. «Wir wollen keine Zwängerei.» Frühester Zeitpunkt für den nächsten Entscheid in Sachen Gemeindeordnung ist die Bürgerversammlung 2017.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-uz/Zurueck-bleiben-offene-Fragen;art262,4589280>

Tagblatt, 15. April 2016

Regierung hält nichts von HarmoS-Austritt

SINA BÜHLER

KANTON ST. GALLEN. Eine Mehrheit der St. Galler stimmte für den Beitritt zu HarmoS. Eine Initiative will jedoch, dass der Kanton das Konkordat wieder verlässt. Die Vorlage kommt nun in den Kantonsrat.

Selten wird der Kantönligeist so gut spürbar, wie bei Diskussionen um Schule und Bildung. Deshalb war es von Beginn weg klar, dass HarmoS, die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule, auf Widerstand stossen würde.

HarmoS wurde trotzdem eingeführt und bis heute sind dem Konkordat 15 Kantone beigetreten. So auch der Kanton St. Gallen. 52,8 Prozent der Stimmbürger sprachen sich im November 2008 dafür aus. Die Kritiker blieben aktiv und möchten jetzt den Kanton per Volksentscheid dazu bringen, wieder aus dem «gescheiterten Konkordat» auszutreten. Vor einem Jahr reichten sie eine entsprechende Einzelinitiative ein. Ende April kommt die Vorlage in den Kantonsrat. Die St. Galler Regierung empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Vorschriften selber erlassen

Die Bundesverfassung verpflichte die Kantone, gemeinsam für die Qualität und Durchlässigkeit der Bildung in der Schweiz zu sorgen. Gelingt dies nicht, werde der Bund die notwendigen Vorschriften selber erlassen. «Mit dem Austritt würde ein Signal gegen die kantonale Schulhoheit und gegen den Föderalismus gesetzt: Gelingt die Erfüllung des verfassungsmässigen Auftrags zur interkantonalen Koordination nicht oder wird sie rückgängig gemacht, droht eidgenössisches Schulrecht», schreibt sie in ihrem Bericht zur Initiative. Sie meint, dies würde das Ansinnen der Initianten, die Selbstbestimmung in Schulfragen, sogar ins Gegenteil umkehren: Kantone und Gemeinden würden geschwächt, die Bürgernähe der Schule würde preisgegeben.

Verein setzt auf Austritt

Bei der Initiative geht es im Grunde um den Lehrplan 21. Eins der Hauptargumente der Initianten ist nämlich ein Primarschullehrplan mit einer einzigen Fremdsprache. Eine zweite Initiative des Vereins, die genau dies verlangte, wurde vom St. Galler Verwaltungsgericht aber für ungültig erklärt – unter anderem, weil sie HarmoS widerspreche. Deswegen setzt der Verein nun auf einen Austritt, um dieses Ansinnen trotzdem durchsetzen zu können. Die St. Galler Regierung ist jedoch der Ansicht, das Urteil impliziere, dass sei auch ohne HarmoS nicht möglich. So ist auch noch unklar, ob der Kanton Thurgau, der kürzlich beschloss, den Französischunterricht an der Primarschule abzuschaffen, nicht noch vom Bund zurückgepiffen wird.

Die Regierung hat den Abstimmungstermin noch nicht festgelegt, es ist aber wahrscheinlich, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im September dieses Jahres dazu befragt werden.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/werdenberg/wo-lo/Regierung-haelt-nichts-von-HarmoS-Austritt;art395293,4590658>

Mehr zur Argumentation der Regierung:

Regierung hält nichts von HarmoS-Austritt

[Sarganserländer, 15.4.2016](#)

Südostschweiz, 11.04.2016

Komitee geht politisch gegen Lehrplan 21 vor

Das Komitee Gute Schule Graubünden lanciert eine Doppelinitiative gegen den von der Regierung beschlossenen Lehrplan 21.



Medienkonferenz des Komitees Gute Schule Graubünden zur Doppelinitiative. Bild Yanik Bürkli

Das Initiativkomitee Gute Schule Graubünden hat am Montag in Chur eine Doppelinitiative lanciert. Es will damit erreichen, dass das Volk bei Lehrplänen mitreden kann. Mit einer Verfassungsänderung will das Komitee der Bevölkerung mehr demokratische Mitsprache in Fragen der Bildung ermöglichen und mit einer Gesetzesinitiative den geplanten Systemwechsel zur Diskussion stellen. Das Komitee wirft der Bündner Regierung vor, mit dem Entscheid zum Lehrplan 21 das bewährte Bildungssystem zu verlassen.

Der Lehrplan 21 wurde von Lehrern, Pädagogen und Erziehungswissenschaftlern schon mehrfach analysiert. Sie warnen seit langem vor den negativen Folgen, die mit der Einführung dieses Lehrplans an Schweizer Schulen für die nachfolgenden Generationen verbunden sind, heisst es beim Initiativkomitee. Bereits in 13 Kantonen seien Initiativen vorbereitet oder eingereicht worden, heisst es weiter.

Unterschriftensammlung gestartet

In Graubünden werden wesentliche Fragen der Schulbildung vom Regierungsrat abschliessend entschieden. Nach Meinung des Initiativkomitees geht es bei der Einführung des Lehrplans 21 um eine wichtige politische Frage, die direkte Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung haben wird. Deshalb setzen sich das Komitee dafür ein, dass über das Thema eine öffentliche Debatte stattfindet und Beschlüsse von solcher Tragweite vom Grossen Rat genehmigt werden müssen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit eines fakultativen Referendums bestehen.

Mit der Verfassungsinitiative «Gute Schule Graubünden – Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen» will das Komitee die demokratische Mitsprache der Bündner Bevölkerung in wichtigen Fragen der Bildung stärken. Die Gesetzesinitiative «Gute Schule Graubünden – Mitsprache bei Lehrplänen» sorgt dafür, dass Kinder auch in Zukunft in einem pädagogisch geführten Unterricht in einer Klassengemeinschaft gefördert werden.

Das Komitee sammelt während einem Jahr Unterschriften für die beiden Initiativen. (phw)

<http://www.suedostschweiz.ch/politik/2016-04-11/komitee-geht-politisch-gegen-lehrplan-21-vor>